



## KLIMAPOLITIK

# Fehlt uns eine gemeinsame Welt?

Vor der Abstimmung über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz muss sich die Schweiz ihrer Rolle in der Welt bewusst werden. Unsere Gastautorin schlägt vor, den Blick aufs eigene Land für einmal umzukehren.

VON SINDI-LEIGH MCBRIDE

An der **Universität Basel** gibt es ein neues Forschungsprojekt: «Reversing the Gaze» («Den Blick umkehren»). Darin wird versucht, politische Krisen in Europa anhand von Konzepten zu analysieren, die im Globalen Süden entwickelt wurden. Als ich angefragt wurde, als Südafrikanerin in der Schweiz zur Abstimmung über das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz zu schreiben, dachte ich, dass Ideen daraus helfen könnten.

Was in der Schweiz entschieden wird, hat Konsequenzen für die ganze Welt. Ich erinnere mich an den Titel der Biennale in Taipeh 2020: «Du und ich leben nicht auf demselben Planeten». Die KuratorInnen erklärten ihm damit, dass sich die Menschen rund um die Welt nicht mehr einig darüber seien, was es bedeute, auf der Erde zu leben. Sie verglichen Donald Trump und Greta Thunberg, um die krassen Unterschiede aufzuzeigen. Ihr Fazit: «Uns fehlt eine gemeinsame Welt.»

Ein Ziel von «Den Blick umkehren» ist es, die Ideale des liberalen Bürgerrechts zu untersuchen, das der politischen Ordnung in der Schweiz zugrunde liegt. Schliesslich geht es auch um die Frage, wer in der Schweiz über das CO<sub>2</sub>-Gesetz abstimmen wird. Gemäss dem Bundesamt für Statistik beträgt die Stimmbeteiligung durchschnittlich weniger als fünfzig Prozent. Darüber hinaus hat ein Viertel der Wohnbevölkerung kein Stimmrecht.

### Von Afrika lernen

Für solche Fragen greift das Forschungsprojekt auf die «Retribalisierung» zurück. Retri-

balisierung beschreibt, wie auf dem afrikanischen Kontinent vielerorts auf grosse Ängste vor Veränderungen reagiert wurde: Plötzlich wurde die eigene, oft imaginierte oder zugeschriebene «Stammeszugehörigkeit» wieder zentral. Dieses Konzept wie auch die Kritik daran lassen sich auch auf die Angst vieler SchweizerInnen vor der Veränderung durch Migration anwenden. Ist es denn richtig, dass nur «SchweizerInnen» über dieses Gesetz abstimmen?

Hinzu kommt, dass viele die Veränderung durch Migration als viel unmittelbarer als jene durch den Klimawandel empfinden. Darum wünschte ich mir, dass sich SchweizerInnen stärker mit ihrer Angst vor MigrantInnen auseinandersetzen. Und sich Gedanken darüber machen, was es bedeutet, auf demselben Planeten zu leben wie der Rest der Welt – angefangen beim Nachdenken über die Konsequenzen davon, wer sich ins politische Leben einbringen darf und wer nicht. In Südafrika sind wir gezwungen, der Xenophobie ins Auge zu blicken – denn sie wirkt sich als Gewalt aus. Ich hoffe, dass der Schweiz solche Gewalt erspart bleibt.

Auch das zweite Ziel von «Den Blick umkehren» ist relevant für die Klimapolitik: Es



Sindi-Leigh McBride

Auflage	17'103 Ex.	WoZ Die Wochenzeitung
Reichweite	77'000 Leser	8031 Zürich
Erscheint	woe	
Fläche	51'600 mm <sup>2</sup>	Sindi-leigh Mcbride
Wert	2'600 CHF	

besteht darin, die Mechanismen zu verstehen, mit denen rechtspopulistische Parteien Keile in die Gesellschaft treiben und Gruppen gegeneinander aufhetzen und so wirksame Klimaschutzpolitik verhindern. Hierfür werden postkoloniale Konzepte «politischer Gesellschaft» beigezogen, die in Südasien entwickelt wurden und mit denen sich Krisen politischer Identität und die «kulturelle Politik» demokratischer Wahlen anders verstehen lassen.

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist eine ebenso wichtige wie sehr technische Vorlage. Ich glaube, dass viele Leute mit den technischen Details und den Debatten, die darüber geführt werden, überfordert sind. Ich habe mit einer Ökonomin, einem Historiker und einer Soziologin, die sich alle mit Umweltfragen auseinandersetzen, gesprochen – niemand konnte mir das Gesetz erklären.

Klimaschutz ist harte Arbeit, die praktischen Grundlagen sind komplex und erfordern Ausdauer. Gleichzeitig macht die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel Angst. Als ich mich durch die Vorlage ackerte, half es mir, die Fachliteratur mit Romanen aufzuwiegen. Ich empfehle «Wetter» von Jenny Offill: eine grossartige Beschreibung von Klimaangst und der Schwierigkeit, mit der «Platzangst heimischen Unmuts und dem unmöglich weiten Horizont der globalen Katastrophe» umzugehen.

Ganz anders als die technische Natur des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ist die Debatte um den Klimawandel sehr emotional. Daniel Kahneman, der 2002 für seine Arbeit über die Psychologie des Entscheidens den Nobelpreis erhielt, hilft zu verstehen, warum: Der Klimawandel ist gegenüber konkreteren Gefahren weniger greifbar. Um langfristige Verluste einzudämmen, braucht es aber einschneidende kurzfristige Massnahmen. Doch weil die Faktenlage für viele unklar ist, fällt es ihnen schwer, sie anzuerkennen. Für viele entscheidet darum ein blosses Gefühl, ob der Klimawandel real sei oder nicht.

Ein weiterer Hinweis kommt aus dem Sachbuch «Carbon Criminals, Climate Crimes» des Soziologen Ronald C. Kramer, der den Klimawandel kriminologisch analysiert. Sein Kernargument: Das Klimachaos geschieht nicht durch Zufall oder Unfall, sondern durch das Zusammenspiel von Staaten und Konzernen. Die vier Verbrechen, die er aufarbeitet, lauten: fortwährende Förderung fossiler Brennstoffe und steigende Kohlenstoffemissionen; Versagen bei deren Verminderung; organisierte Leugnung des Klimawandels; imperiale Klimaverbrechen, inklusive militaristischer Formen der Anpassung. Es klingt das Konzept des «listigen Staats» an, das auch im Basler Projekt

behandelt wird: Staaten geben sich machtloser, als sie sind, um sich gegenüber der eigenen Bevölkerung aus der Verantwortung zu ziehen.

Man braucht nicht weit zurückzublicken, um ein Schweizer Beispiel dafür zu finden: So haben hiesige Firmen trotz internationaler Sanktionen Handel mit dem mörderischen Apartheidregime in Südafrika betrieben. Reparationen wurden bis heute nicht gezahlt.

### Mehr als nur blinde Flecken

Nun weiss ich nicht, ob es bereits ein Buch über Schweizer Klimaverbrechen gibt – ein Kapitel zur Verantwortung der Schweiz beim Klimakolonialismus wäre zentral. Zuerst musste ich lachen, als ich las, was Aussenminister Ignazio Cassis auf die Frage geantwortet hatte, warum die meisten afrikanischen Länder arm seien: Der Kolonialismus habe zwar «eine Wirkung» gehabt, aber auch «das heisse Klima» habe «eine ganz bestimmte Rolle» gespielt. Solche Aussagen zeugen nicht nur von blinden Flecken in Bezug auf die Komplizenschaft im Kolonialismus – sie sind ebenso von Bedeutung, wenn es um die Klimazukunft geht. Ich erlaube mir, die Ethik der Schweizer Strategie zu hinterfragen, einen Teil ihrer Emissionsreduktionen zu exportieren. Es darf nicht sein, dass die Schweiz als «listiger Staat» ihre Klimaverbrechen im Globalen Süden «grünwäscht». Es ist gut, hier über das CO<sub>2</sub>-Gesetz abzustimmen, sofern man darf – aber ich gehe davon aus, dass die Menschen in Ländern, die für die Schweiz Emissionsreduktionen schultern sollen, kaum Mitsprache haben.

Ob das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz ausreicht und sich so die Ziele des Pariser Abkommens erreichen lassen, kann ich nicht beurteilen. Ich glaube aber, dass keine Zeit zu verlieren ist – und dass die Revision eine gute Ausgangslage darstellt.

Ich führe gerne Diskussionen über «historische Schuld» oder die «Kolonialisierung der Atmosphäre». Aber ich denke, die Schweiz braucht mehr als kraftvolle Sprachbilder. Feigenblattpolitik muss weltweit ins Licht der Realität gerückt werden. Das bedeutet, mehr als nur die Schweiz in den Blick zu nehmen – und die Art der politischen Gesellschaft, die hier kultiviert wird, genauso zu bedenken wie die Gefahren des Handelns im Ausland.

Sindi-Leigh McBride (33) aus Johannesburg ist Autorin und Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien der **Universität Basel**. Übersetzung aus dem Englischen: Raphael Albisser.